

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 11+39 – Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe

Dazu sagt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Ines Strehlau:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 302.11 / 25.05.2011

Weg vom Dschungel der Maßnahmen, hin zum System

„Jeder Jugendliche wird gebraucht! Wir müssen bereits heute an den Fachkräftenachwuchs von morgen denken!“ titelte eine Pressemitteilung der Regionaldirektion Nord der Agentur für Arbeit vor einigen Tagen. Ja, wir brauchen jeden Jugendlichen. Die Wirtschaft braucht sie als Fachkräfte und die Gesellschaft braucht Jugendliche, die auf eigenen Beinen stehen und die ihr Einkommen selbst erarbeiten können. Und die Jugendlichen selbst müssen eine Perspektive haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Die Ausbildungsplatzsituation für die Jugendlichen hat sich in der letzten Zeit verbessert. Aktuell stehen laut Agentur für Arbeit etwa 7.700 unbesetzten Ausbildungsplätzen circa 6.800 unversorgte BewerberInnen gegenüber. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn die mehreren tausend AltbewerberInnen, die teilweise mehrere Jahre in berufsvorbereitenden Maßnahmen verbringen, fehlen bei diesen Zahlen. Um einen wirklichen Überblick über die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz zu bekommen, brauchen wir endlich eine integrierte Ausbildungsstatistik.

Das Bündnis für Ausbildung hat sich im Prinzip bewährt. Alle an der Ausbildung Beteiligten sitzen an einem Tisch, um möglichst viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu optimieren, um die Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu verbessern und um für Teilzeitausbildungsplätze bei den Betrieben zu werben. Positiv ist auch, dass es in einigen Bereichen konkrete Konzepte gibt. So das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt, mit dem die Ausbildungsreife der Jugendlichen verbessert wird.

Was aber fehlt, ist ein Gesamtkonzept, wie allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Da ist es mit dem Bündnis für Ausbildung allein nicht getan. Wir müssen weg von den unkoordiniert nebeneinander stehenden Maßnahmen, hin zu einem transparenten, qualifizierenden System. Hier muss die Landesregierung handeln. Das Hamburger Modell bietet eine gute Basis.

Wichtig ist für uns, dass in der neuen Vereinbarung auch die Missstände aufgegriffen werden, die in der Großen Anfrage zur Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe deutlich werden. Es gibt in dem Bereich dringenden Handlungsbedarf, dass haben wir bereits im vergangenen Jahr ausführlich diskutiert. Die Antwort unterstreicht dies noch einmal: Die Lösungsquote der Ausbildungsverträge im Hotel- und Gaststättensektor mit im Schnitt über 40 Prozent ist enorm hoch. Nach dem Ausbildungsreport des DGB arbeiten über 60 Prozent der Auszubildenden mehr als 40 Wochenstunden. Weniger als die Hälfte aller Auszubildenden bleiben nach der Ausbildung in diesem Bereich erwerbstätig.

In diesem Bereich gibt es viele Betriebe, die ihre Ausbildungsverpflichtung sehr ernst nehmen und in denen die Auszubildenden an ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind. Aber bei den vorliegenden Zahlen kann man nicht nur von einzelnen schwarzen Schafen sprechen, die die Branche in Misskredit bringen.

Es scheint notwendig, dass sich alle an einen Tisch setzen, um die Situation im Sinne der Jugendlichen und der Betriebe zu verbessern. Hier hätten wir uns gewünscht, dass die Landesregierung Verantwortung übernimmt. Das hat sie nicht getan. Sie hat die Chance verpasst in einem Bereich zu punkten, der auch für unsere Wirtschaft von großer Wichtigkeit ist.

Nun zu unserem Abstimmungsverhalten: Für die aktuellen Verhandlungen zum Bündnis für Ausbildung unterstützen wir den Antrag der SPD. Mittelfristig brauchen wir aber einen strukturellen Wechsel beim Übergang Schule-Beruf. Weg vom Dschungel der Maßnahmen, hin zum System. Wir werden am kommenden Wochenende auf dem Grünen Landesparteitag dazu ein Konzept verabschieden. Viele Punkte unseres Konzeptes sind im Antrag der Linken enthalten.

Da das Thema komplex ist, würden wir eine weitere Beratung im Bildungs- und Wirtschaftsausschuss befürworten. Falls Abstimmung in der Sache gewünscht wird, werden wir dem Linken Antrag zustimmen.
